Das Nachhaftungsbegrenzungs-gesetz - Haftungs-begrenzung für aus-scheidende Gesellschafter und vergleichbare Haftungskonstellationen. Ende einer Kontroverse oder weiter bestehender Regelungsbedarf ?

Zusammenfassung des Inhalts:

1. Frühere Gesetzeslage

§ 159 HGB a.F. beinhaltete eine Verjährungsregelung. Fünf Jahre nach Ausscheiden eines persönlich haftenden Gesellschafters konnte dieser sich auf die Verjährungseinrede berufen und so die Nachhaftung zeitlich begrenzen. Die Verjährungsregelung führte aber bei im Zeitpunkt des Ausscheidens (noch) nicht fälligen Verbindlichkeiten zu einer Verlängerung der Haftungszeit über fünf Jahre hinaus, weil erst mit der späteren Fälligkeit die Frist des § 159 HGB a.F. begann. Gerade bei Verbindlichkeiten aus Dauerschuldverhältnissen, bei denen laufend einzelne Teilverbindlichkeiten fällig werden, bestand daher eine deutlich längere Haftung der ausgeschiedenen Gesellschafter. Für lang-laufende Dauerschuldverhältnisse (z.B. Miet- und Arbeitsverhältnisse) führte dies quasi zu einer Endloshaftung. Da dem ausgeschiedenen Gesellschafter nach seinem Ausscheiden keine Einflussnahme auf die laufende Geschäftsentwicklung möglich war, erschien die Verlängerung der Haftung unbillig. Rechtsprechung und Literatur entwickelten verschiedene Modelle für eine Begrenzung der Haftung. Die Rechtsprechung hatte durch die analog § 159 HGB a.F. entwickelte Enthaltungstheorie die Haftung auf Verbindlichkeiten beschränkt, die - unabhängig vom Zeitpunkt der Fälligkeit - fünf Jahre nach der Handelsregister-Eintragung des Ausscheidens des Gesellschafters fällig wurden. Die Haftungs-begrenzung galt allerdings nur für Verbindlichkeiten aus Dauerschuldverhältnissen und nicht auch für Verbindlichkeiten aus Einzelschuldverhältnissen mit erst nach dem Ausscheiden eines Gesellschafters eintretender Fälligkeit.

Unklar war weiterhin, ob und wie die Haftung für persönlich haftende Gesellschafter zeitlich zu begrenzen war, die in die Stellung eines Kommanditisten wechseln – sei es mit oder ohne Übernahme der Geschäftsführung. Dies war in Rechtsprechung und Literatur umstritten.

Weitgehend die gleichen Haftungsfragen stellten sich im Rahmen des § 26 HGB a.F., der wie § 159 HGB a.F. eine Verjährungsregelung beinhaltete, und der vergleichbaren Vorschriften des UmwG 1969. Auch dort musste für die nach Umwandlung nicht mehr persönlich haftenden Gesellschafter eine Regelung über die Haftung für Altverbindlichkeiten erfolgen.

Durch die spezielle Enthafungsregelung des § 613a Abs. 2 BGB mit einer Frist von einem Jahr für Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen bestand die zusätzliche Problematik, ob die kurze Enthafungsfrist des § 613a Abs. 2 BGB analog für ausscheidende Gesellschafter anzuwenden war.

2. Gesetzgebung

Zur Klärung und Bereinigung stellte das Bundesjustizministerium - basierend auf einem 1983 von Ulmer veröffentlichten Entwurf - am 19.07.1988 einen Referentenentwurf des Gesetzes zur zeitlichen Begrenzung der Nachhaftung von Gesellschaftern (Nachhaftungsbegrenzungsgesetz – NachhBG) vor. Am 18.03.1994 wurde das NachhBG verkündet.

§ 160 HGB n.F. ist danach als Ausschlussfrist ausgestaltet. Fünf Jahre nach Eintragung des Ausscheidens haften die ehemals persönlich haftenden Gesellschafter - unabhängig von der Fälligkeit der Verbindlichkeiten - nicht mehr, soweit nicht vorher der Anspruch gerichtlich geltend gemacht oder schriftlich anerkannt ist. Die Enthafung kommt nach § 160 Abs. 3 HGB n.F. auch dem aus der persönlichen Haftung in die Kommanditistenstellung wechselnden Gesellschafter zugute.

Im Fall einer Gesellschaftsauflösung bleibt es bei der fünfjährigen Verjährung zu Gunsten der bisherigen Gesellschafter (§ 159 HGB n.F.). Die §§ 26, 28 HGB n.F. wurden insoweit geändert, dass auch für bisherige Einzelkaufleute die Enthafungslösung Anwendung findet. In vergleichbarer Weise sind die Vorschriften des UmwG angepasst worden. Auch für Gesellschafter, die nach einer Umwandlung nicht länger persönlich haften, und für ausscheidende Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gilt eine fünfjährige Enthafungsfrist.

3. Kritische Betrachtung

Die Haftungsbegrenzung durch die Ausschlussfrist berücksichtigt nicht, dass dadurch auch für Verbindlichkeiten, die erst kurz vor Ablauf der Ausschlussfrist fällig werden, die Frist gilt und die zugrunde liegenden Ansprüche eventuell sofort gerichtlich geltend gemacht werden müssten, um einer Enthftung zu begegnen. Besser wäre stattdessen eine Kopplung von zwei Fristen gewesen. Eine (erste) Ausschlussfrist sollte bestimmen, welche Verbindlichkeiten, auch wenn sie erst nach dem Ausscheiden fällig werden, überhaupt einer Nachhaftung unterliegen. Nur für die Verbindlichkeiten, die danach überhaupt einer Nachhaftung unterfallen, sollte ab dem Ausscheiden oder ab Fälligkeit, je nachdem welcher Zeitpunkt später ist, eine (zweite) Verjährungsfrist beginnen. Dies hätte zwar gegebenenfalls eine geringe Ausweitung über den Fünfjahreszeitraum hinaus bedeutet, wäre aber als systematisch zutreffende Lösung zu begrüßen gewesen.

Die Ausschlussfrist des § 160 HGB n.F. ist abdingbar, d.h. die Beteiligten können durch eine von der gesetzlichen Regelung abweichende Vereinbarung die Haftungsdauer verändern. Dies gilt gleichermaßen für die Haftung nach § 26 HGB n.F. Wegen § 1 Abs. 3 S. 1 UmwG kann für die Nachhaftung nach einer erfolgten Umwandlung die nach dem UmwG geltende Haftungsdauer nicht - rechtlich verbindlich - abgeändert werden. Es bleibt den Parteien nur die Möglichkeit eines freiwilligen Verzichts.

Bei Auflösung der Gesellschaft wegen Eröffnung eines Insolvenzverfahrens muss die Verjährungsfrist des § 159 HGB n.F. bei Eintragung der Auflösung beginnen. Beruht die Auflösung auf der Liquidation der Gesellschaft stellt erst die Vollbeendigung den entscheidenden Zeitpunkt der Änderung des Haftungsstatus dar. Angesichts der gesetzlichen Regelung beginnt jedoch – systematisch unzutreffend – auch bei Liquidation die Verjährungsfrist bereits mit Eintragung der Auflösung und nicht erst bei Vollbeendigung.

Da das Ausscheiden von Gesellschaftern aus GbR nicht im Handelsregister eingetragen wird, beginnen wegen der Einbeziehung der Nachhaftung auch für diese Gesellschaften die Fristen erst, wenn die einzelnen Gläubiger positiv von dem Ausscheiden bzw. der Auflösung Kenntnis haben.

§ 613a Abs. 2 BGB wird auch nach Geltung des NachhBG nicht analog auf die Haftung ausscheidender Gesellschafter für Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen zur Anwendung kommen. Bei der Nachhaftung nach vollzogenen Umwandlungen ist zu unterscheiden. Nur für die Fälle der Abspaltung und der Ausgliederung, in denen die Voraussetzungen des § 613a Abs. 2 BGB erfüllt sind, geht die arbeitsrechtliche der umwandlungsrechtlichen Haftungsbegrenzungsregelung vor. In den sonstigen Umwandlungsfällen ist die Haftungssituation der des § 613a Abs. 2 BGB nicht vergleichbar, so dass die Anwendung der Haftungsbegrenzung des § 613a Abs. 2 BGB ausscheidet.

4. Haftung im Erbfall

Soweit ein Gesellschafter durch Tod aus der Gesellschaft ausscheidet, gilt hinsichtlich der gesellschaftsrechtlichen Haftung die Haftungsbegrenzung auch für die Erben. Die Erben können sich zusätzlich auf die Begrenzung der Haftung nach erbrechtlichen Grundsätzen berufen.

Soweit ein Erbe aufgrund § 139 Abs. 1 HGB nur als Kommanditist in der Gesellschaft verbleiben will, kommt die unbeschränkte Haftung des § 176 Abs. 2 HGB nicht zum Zuge. Anderenfalls wäre der von § 139 Abs. 4 HGB bezweckte Schutz des Erben umgangen.

5. Ergebnis

Das NachhBG stellt weitgehend eine sachgerechte Lösung der Nachhaftung dar. Damit ist ein Großteil der vormals umstrittenen Haftungsfragen ehemals persönlich haftender Gesellschafter gelöst. Die in Literatur und Rechtsprechung entwickelten früheren Haftungsbegrenzungsregelungen kommen nicht mehr zur Anwendung.